

das Reichs = Oberhaupt und die Reichs = Verfassung an erster Stelle aufzunehmen.

§. 16. Alle durch Verwendung von Truppen zu Reichszwecken entstehenden Kosten, welche den durch das Reich festgesetzten Friedensstand übersteigen, fallen dem Reiche zur Last.

§. 17. Ueber eine allgemeine für ganz Deutschland gleiche Wehr = Verfassung ergeht ein besonderes Reichs = Gesetz.

§. 18. Den Regierungen der einzelnen Staaten bleibt die Ernennung der Befehlshaber und Offiziere ihrer Truppen, so weit deren Stärke sie erheischt, überlassen. Für die größeren militairischen Ganzen, zu denen Truppen mehrerer Staaten vereinigt sind, ernannt die Reichs = Gewalt die gemeinschaftlichen Befehlshaber. Für den Krieg ernannt die Reichs = Gewalt die commandirenden Generale der selbstständigen Corps, so wie das Personal der Hauptquartiere.

§. 19. Der Reichs = Gewalt steht die Befugniß zu, Reichs = Festungen und Küsten = Vertheidigungswerke anzulegen und, in so weit die Sicherheit des Reiches es erfordert, vorhandene Festungen gegen billige Ausgleichung, namentlich für das überlieferte Kriegs = Material, zu Reichs = Festungen zu erklären. Die Reichs = Festungen und Küsten = Vertheidigungswerke werden auf Reichskosten unterhalten.

§. 20. Die Seemacht ist ausschließlich Sache des Reichs. Es ist keinem Einzelstaate gestattet, Kriegsschiffe für sich zu halten oder Kaperbriefe auszugeben. Die Bemannung der Kriegsflotte bildet einen Theil der deutschen Wehrmacht. Sie ist unabhängig von der Landmacht. Die Mannschaft, welche aus einem einzelnen Staate für die Kriegsflotte gestellt wird, ist von der Zahl der von demselben zu haltenden Landtruppen abzurechnen. Das Nähere hierüber, so wie über die Kosten = Ausgleichung zwischen dem Reiche und den Einzelstaaten, bestimmt ein Reichsgesetz. Die Ernennung der Officiere und Beamten der Seemacht geht allein vom Reiche aus. Der Reichs = Gewalt liegt die Sorge für die Ausrüstung, Ausbildung und Unterhaltung der Kriegsflotte und die Anlegung, Ausrüstung und Unterhaltung von Kriegshäfen und See = Arsenalen ob. Ueber die zur Errichtung von Kriegshäfen und Marine = Establishments nöthigen Entgegnungen, so wie über die Befugnisse der dabei anzustellenden Reichs = Behörden, bestimmen die zu erlassenden Reichs = Gesetze.

#### Artikel IV.

§. 21. Die Schifffahrts = Anstalten am Meer und in den Mündungen der deutschen Flüsse (Häfen, Seetonnen, Leuchtschiffe, das Lootwesen, das Fahrwasser u. s. w.) bleiben der Fürsorge der einzelnen Uferstaaten überlassen. Die Uferstaaten unterhalten dieselben aus eigenen Mitteln. Ein Reichs = Gesetz wird bestimmen, wie weit die Mündungen der einzelnen Flüsse zu rechnen sind.

§. 22. Die Reichs = Gewalt hat die Oberaufsicht über diese Anstalten und Einrichtungen. Es steht ihr zu, die betreffenden Staaten zu gehöriger Unterhaltung derselben anzuhalten, auch dieselben aus den Mitteln des Reiches zu vermehren und zu erweitern.

§. 23. Die Abgaben, welche in den See = Uferstaaten von den Schiffen und deren Ladungen für die Benutzung der Schifffahrts = Anstalten erhoben werden, dürfen die zur Erhaltung dieser Anstalten nothwendigen Kosten nicht übersteigen. Sie unterliegen der Genehmigung der Reichs = Gewalt.

§. 24. In Betreff dieser Abgaben sind alle deutschen Schiffe und deren Ladungen gleichzustellen. Eine höhere Belegung fremder Schifffahrt kann nur von der Reichs = Gewalt ausgehen. Die Mehrabgabe von fremder Schifffahrt fließt in die Reichs = Kasse.

#### Artikel V.

§. 25. Die Reichs = Gewalt hat das Recht der Gesetzgebung und die Oberaufsicht über die in ihrem schiffbaren Laufe mehrere Staaten durchströmenden oder begränzenden Flüsse oder Seen und über die Mündungen der in dieselben fallenden Nebenflüsse, so wie über den Schifffahrts = Betrieb und die Flößerei auf denselben. Auf welche Weise die Schifffahrt dieser Flüsse erhalten oder verbessert werden soll, bestimmt ein Reichs = Gesetz. Die übrigen Wasserstraßen bleiben der Fürsorge der Einzelstaaten überlassen. Doch steht es der Reichs = Gewalt zu, wenn sie es im Interesse des allgemeinen Verkehrs für nothwendig erachtet, allgemeine Bestimmungen über den Schifffahrts = Betrieb und die Flößerei auf denselben zu erlassen, so wie einzelne Flüsse unter derselben Voraussetzung den oben erwähnten gemeinsamen Flüssen gleich zu stellen. Die Reichsgewalt ist befugt, die Einzelstaaten zu gehöriger Erhaltung der Schifffahrt dieser Wasserstraßen anzuhalten.

§. 26. Alle deutschen Flüsse sollen für deutsche Schifffahrt von Flußzöllen frei sein. Auch die Flößerei soll auf schiffbaren Flußstrecken solchen Abgaben nicht unterliegen. Das Nähere bestimmt ein Reichs = Gesetz. Bei den mehreren Staaten durchströmenden oder begränzenden Flüssen tritt für die Aufhebung dieser Flußzölle eine billige Ausgleichung ein.

§. 27. Die Hafen =, Kran =, Wag =, Lager =, Schleusen = und dergleichen Gebühren, welche an den gemeinschaftlichen Flüssen und den Mündungen der in dieselben sich ergießenden Nebenflüsse erhoben werden, dürfen die zu Unterhaltung derartiger Anstalten nöthigen Kosten nicht übersteigen. Sie unterliegen der Genehmigung der Reichs = Gewalt. Es bedarf in Betreff dieser Gebühren keinerlei Begünstigung

der Angehörigen eines deutschen Staates vor denen anderer deutschen Staaten Statt finden.

§. 28. Flußzölle und Flußschifffahrts = Abgaben dürfen auf fremde Schiffe und deren Ladungen nur durch die Reichs = Gewalt gelegt werden.

#### Artikel VI.

§. 29. Die Reichs = Gewalt hat über die Eisenbahnen und deren Betrieb, so weit es der Schutz des Reiches oder das Interesse des allgemeinen Verkehrs erheischt, die Oberaufsicht und das Recht der Gesetzgebung. Ein Reichs = Gesetz wird bestimmen, welche Gegenstände dahin zu rechnen sind.

§. 30. Die Reichs = Gewalt hat das Recht, so weit sie es zum Schutze des Reiches oder im Interesse des allgemeinen Verkehrs für nothwendig erachtet, die Anlage von Eisenbahnen zu bewilligen, so wie selbst Eisenbahnen anzulegen, wenn der Einzelstaat, in dessen Gebiet die Anlage erfolgen soll, deren Ausführung ablehnt. Die Benutzung der Eisenbahnen für Reichs = Zwecke steht der Reichsgewalt jederzeit gegen Entschädigung frei.

§. 31. Bei der Anlage oder Bewilligung von Eisenbahnen durch die einzelnen Staaten ist die Reichsgewalt befugt, den Schutz des Reiches und das Interesse des allgemeinen Verkehrs wahrzunehmen.

§. 32. Die Reichsgewalt hat über die Landstraßen die Oberaufsicht und das Recht der Gesetzgebung, so weit es der Schutz des Reiches oder das Interesse des allgemeinen Verkehrs erheischt. Ein Reichs = Gesetz wird bestimmen, welche Gegenstände dahin zu rechnen sind.

§. 33. Die Reichsgewalt hat das Recht, so weit sie es zum Schutze des Reiches oder im Interesse des allgemeinen Verkehrs für nothwendig erachtet, zu verfügen, daß Landstraßen und Canäle angelegt, Flüsse schiffbar gemacht oder deren Schifffahrt erweitert werde. Die Anordnung der dazu erforderlichen baulichen Werke erfolgt nach vorgängigem Benehmen mit den theilhaftigen Einzelstaaten durch die Reichsgewalt. Die Ausführung und Unterhaltung der neuen Anlagen geschieht von Reich wegen und auf Reichs = Kosten, wenn eine Verständigung mit den Einzelstaaten nicht erzielt wird.

**Berlin**, den 24. März. Der Abgeordnete v. Moeller aus der Provinz Westphalen hat von dem Justiz = Minister folgende Zuschrift erhalten:

Dem Herrn Abgeordneten erwidere ich auf die Eingabe vom 8. d. M., in Betreff der Organisation der Untergerichte in der Provinz Westphalen und den Kreisen Duisburg und Rees, daß in Bezug auf die Führung des Berg = Hypotheken = Buchs heute an die betreffenden Obergerichte Verfügung ergangen ist, wonach dieselbe bei den Berg = Aemtern bis auf weitere Anordnung verbleiben soll.

Dagegen kann ich mich nicht für ermächtigt halten, auf den, die unveränderte Beibehaltung der Bezirke und der Kompetenz der gegenwärtigen Gerichtsbehörden in der Provinz Westphalen und den Kreisen Duisburg und Rees bezweckenden Antrag einzugehen, da die §§. 19. und 21. der Verordnung vom 2. Januar d. J. demselben entgegenstehen, und eine Abweichung für diese Landestheile nicht gestatten. Indessen werde ich jede mit diesen Vorschriften zu vereinbarende Berücksichtigung zu Gunsten der Städte, welche kollegialische Gerichte haben und nicht zu Sitzungen von Kreisgerichten ausersessen werden können, gern eintreten lassen.

**Berlin**, den 14. März 1849.

Der Justiz = Minister Rintelen.

**C Berlin**, 24. März. (Kammervorhandlungen.) In der Sitzung der ersten Kammer vom 22. wurde die Berathung über den Leue = Milde'schen Antrag wegen Siftirung der Gerichtsorganisation fortgesetzt. Nachdem mehrere Redner für und gegen gesprochen, beschloß die Kammer eine motivirte Tagesordnung, worin hervorgehoben wird: daß zwar der Art. 105 der Verfassung auf den Erlass organischer Bestimmungen von so durchgreifender Wichtigkeit, wie die Verordnungen vom 2. und 3. Jan. d. J. nicht zu beziehen sei, daß es jedoch im Interesse des Landes nicht räthlich erscheine, die fast beendete Justiz = Organisation einzustellen. Hiermit wird die Berathung geschlossen.

In der Sitzung der zweiten Kammer vom 22. erfolgte die Fortsetzung der Adressdebatte. Die Abgg. Maëge, Toebe und Jörn haben das Amendement gestellt, hinter den 3. Abschnitt der Adresse aus dem d'Estier'schen Entwurf eine Forderung um Amnestie einzuschalten. Der Abg. Thiel stellt den minder befürworteten Antrag: dem Könige die Erlassung einer Amnestie für alle politischen Verbrecher seit dem 18. März v. J. an's Herz zu legen. Der Abg. Maëge feiert in seiner Rede die politischen Verbrecher, welche den Frieden des Landes gestört und seinen Gesetzen Hohn gesprochen, und klagt die Regierung der Nachsicht und Verfolgungslust an. Der Minister des Innern erklärt: das Ministerium habe als erste Pflicht die Herstellung der Ordnung übernommen. Diese sei nur dann möglich, wenn dem Gesetze sein Lauf gelassen werde. Man habe gesagt, die Amnestie solle nur den politischen Verbrechern gelten. Unsere Zeit leide aber an einer furchtbaren Begriffsverwirrung, indem man fast jeden Verbrecher einen politischen nenne. Sollte man den bestrafen, der da sage, Eigenthum sei Diebstahl, und den frei lassen, der ganze Provinzen mit der Fackel des Aufruhrs entzündet? Das Land wolle Ordnung und diese werde eine Amnestie nicht schaffen. Das Ministerium könne unter den obwaltenden Umständen Sr. Maj. dem Könige keine allgemeine Amnestie